Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 10 bz. 70 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 242. **Bromberg, Sonnabend den 20. Oktober 1928.** **52. Jahrg.**

Wer wird König von Ungarn?

Der Kampf um die Krone des Heiligen Stephan.

Wien, 18. Oktober. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hielt in den letzten Tagen zwei politische Reden, die besonders auch in den Ungarn benachbarten Staaten ein lautes Echo fanden. Graf Bethlen erklärte u. a., daß der Augenblick zur Durchführung einer Änderung der bestehenden Konstitution gekommen sei. Über diese Änderung werde das Volk selbst entscheiden. In dieser Ankündigung sieht man allgemein die Bestätigung der Version, daß Graf Bethlen die **Wahl eines ungarischen Monarchen** durchsetzen will. Einige liberale Blätter stellen fest, daß in dem fertig vorliegenden Projekt der Änderung der ungarischen Verfassung von dem Recht des Volkes zur Wahl des Königs ausdrücklich die Rede ist.

*

Kaum hat der Erdball sich um zwei neue Könige bereichert — nämlich um den albanischen König Zogu I. und um den abessinischen König (Negus) Tafari —, als eine neue Königsausrufung in Aussicht gestellt wird. Ungarn, das einzige Land der Welt, das sich Königreich nennt, aber keinen König hat, scheint im Begriff zu sein, diese Lücke auszufüllen. Graf Bethlen, der ungarische Ministerpräsident, hat in seiner letzten Rede das ungarische Volk davon in Kenntnis gesetzt, daß die Zeit nahe, die Königsfrage zu lösen. Diese Frage, die seit Jahren schwebt, und die eine hervorragende außenpolitische Bedeutung hat, soll nun in Angriff genommen werden, um den Schwebezustand, in welchem sich das Königreich Ungarn zu befinden glaubt, zu beheben.

Rechtlich betrachtet stellt diese Absicht Ungarns ein recht kompliziertes Problem dar. Die ungarische Verfassung vom 1. 3. 1920 stellt an die Spitze des Staates einen Landesverweser. Dieser Landesverweser ist seit acht Jahren der Admiral Nikolaus Horthy, der sich als Statthalter der Monarchie betrachtet. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Horthy amtsmüde ist und daß er es begrüßt hätte, wenn er seine Macht dem rechtmäßigen König von Ungarn übergeben könnte. Wenn also die Verfassung oder, sagen wir, die aus dieser Verfassung hervorgehende Tradition einen König voraussieht, so steht andererseits der Proklamierung eines Königs der Trianon-Vertrag im Wege, den der ungarische Staat am 4. Juni 1920 mit seinen ehemaligen Kriegsgegnern unterschrieben hat. Aus dem Trianon-Vertrag kann kaum die Unmöglichkeit einer Königsproklamierung in Ungarn abgeleitet werden. Letzten Endes hat die siegreiche Entente doch die heutige ungarische Verfassung zur Kenntnis genommen. Die Schwierigkeit liegt also nicht auf prinzipiellem Gebiet. Sie liegt in der Personalfrage. Denn Ungarn hängt am Hause Habsburg, und das Haus Habsburg war der Entente, wenigstens bis jetzt, unannehmbar. Und wenn Ungarn heute nach wie vor bei der Absicht verbleibt, einen Habsburger auf den Königsthron zu setzen, so liegt das wohl in der Linie der Revisionspolitik, d. h. der Politik der Revision des Friedensvertrages von Trianon, die die heutige ungarische Regierung mit immer wachsendem Nachdruck betreibt. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß es Ungarn gelingen wird, durch entsprechende Angebote eine Nachgiebigkeit bei denjenigen Ländern zu erzielen, die sich bis jetzt weigerten, einen Habsburger auf dem Thron Ungarns zu sehen. Denn schließlich ist das Haus Habsburg äußerst verzweigt und mannigfaltig, und vielleicht ließe sich ein Vertreter dieser Dynastie finden, der von der Entente als das kleinste Übel angenommen werden könnte.

Die Ungarn selbst sind sich heute bekanntlich über die Person ihres künftigen Königs keineswegs einig. Zwei Parteien stehen in Budapest in heftigem Kampfe miteinander. Auf der einen Seite wollen die Legitimisten den 16jährigen Erzherzog Otto, den ältesten Sohn des verstorbenen Kaisers Karl zum König ausrufen; auf der anderen Seite macht sich immer deutlicher eine Bewegung zugunsten des Erzherzog Albrecht, des jüngsten Sohnes des Erzherzogs Friedrich von Habsburg-Teschen, bemerkbar. Erzherzog Otto ist der offizielle Repräsentant des Hauses Habsburg, und die Legitimisten pochen an das Rechtsgefühl der ungarischen Nation, indem sie den Sohn des verstorbenen letzten Königs von Ungarn unterstützen. Um die Bedenken des Auslandes zu verringern, weisen sie auf die Jugend des Erzherzogs Otto hin, die eine Gewähr für die Harmlosigkeit seiner Proklamierung zum König bietet. Trotzdem findet die Kandidatur des jungen Otto im maßgebenden Ausland eine scharfe Ablehnung. Denn hinter dem minderjährigen Otto steht seine Mutter, die Kaiserin Zita, die ihre Ansprüche auch auf den österreichischen Thron aufrecht erhält, und mit der nicht nur manche Erinnerungen aus der vergangenen Kriegszeit zusammenhängen, sondern auch die Erinnerungen an manche nicht ganz gefahrlosen Schritte dieser äußerst unruhigen und ehrgeizigen Frau in der Nachkriegszeit.

Anders steht es mit der Kandidatur des 31jährigen Erzherzog Albrecht. Politisch ist er ebenso wenig kompromittiert wie sein Gegenspieler Otto, aber er hat nicht den Nachteil, Sohn eines österreichisch-ungarischen Kaisers und Königs zu sein. Seine Kandidatur wird in Rom und auch in gewissen Kreisen Londons günstig betrachtet. Außenpolitisch hat er daher mehr Chancen als der Sohn Zitas. Auch der jetzige Ministerpräsident Ungarns, Graf Bethlen, ist Befürworter der Kandidatur Albrechts. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß sich hinter der Bewegung zugunsten Erzherzogs Albrecht eine internationale Aktion birgt, die mit der sich in Europa vollziehenden Umgruppierung der politischen Orientierung in engstem Zusammenhang steht. Ungarn stützte bis jetzt seine große Unzufriedenheit mit Frankreich und der Kleinen Entente auf die Gunst Italiens. Auch England, das noch kürzlich ein so gewichtiges Wort in Rom mitzusprechen hatte, galt als ungarnfreundlich, besonders der einflußreiche englische Zeitungsmagnat Lord Rothermere, der sich offen für die Revision des Trianonvertrages und für die **Königsproklamierung Albrechts aussprach**, womit er die heftigste Kritik der Tschechoslowakei hervorrief. Jetzt, wo England zu Frankreich hinüberschwenkte, und wo immer wieder Versuche unternommen werden, auch Italien in die neue Entente hineinzuziehen, glauben manche ausländischen Politiker, in Ungarn den Schlüssel zu der endgültigen Befriedung Europas zu finden. Sollte es nämlich gelingen, aus Ungarn eine Brücke nach dem Balkan und nach Rumänien zu bilden und die heute noch sich entgegenstehenden Interessen Frankreichs und Italiens in Budapest aus der Welt zu schaffen, so wäre hiermit ein enormer Schritt auf dem Wege der Konsolidierung Europas getan. Und da Italien, wie das Beispiel Albaniens zeigt, sehr gern in allen Ländern, die es unter seiner Obhut hat, die diktatorische Macht mit einer Krone versieht, so nimmt man vielleicht an, daß der Duce durch die Einwilligung Frankreichs zu der Krönung Albrechts in vielen anderen politischen Fragen milder gestimmt und zum Nachgeben bereit sein werde. Auch glaubt man, Rumänien und mit ihm die Kleine Entente für Albrecht gewinnen zu können. Denn Erzherzog Albrecht ist noch unverheiratet, ebenso wie die rumänische Prinzessin Iliana. . .

Die Diskussionen über die Besetzung des ungarischen Königtums gehen inzwischen weiter, und mit ihr geht weiter das diplomatische Spiel der Großmächte. Von dem Ausgang dieses Spieles hängt das Schicksal der St. Stephans-Krone ab.

Wer trägt die Schuld?

Die amtliche deutsche Auffassung.

Berlin, 18. Oktober. WTB. In der Reichskanzlei fand heute mittag eine Besprechung von Kabinettsmitgliedern statt. Es ist anzunehmen, daß sie der Frage der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen galt. Im Anschluß daran wird heute nachmittag der handelspolitische Ausschuß des Reichskabinetts zusammentreten, dem der Wirtschafts-, der Finanz-, der Landwirtschaftsminister und ein Vertreter des Auswärtigen Amtes angehören. In dieser Sitzung wird die deutsche Haltung zu der neuen Lage in den Verhandlungen mit Polen beraten werden.

In politischen Kreisen wird betont, daß diese neue Situation nur entstanden ist, weil Polen den deutschen Vertretern nicht in einer einzigen Position entgegengekommen ist, obwohl ihnen von deutscher Seite bedeutende Konzessionen gemacht worden seien; im Gegenteil hat Polen nur mit neuen Forderungen geantwortet. Es kann vermutet werden, daß hinter den polnischen Wirtschaftsforderungen politische Rücksichten stecken. Dafür sprechen auch die Angriffe gegen den Führer der Delegation Dr. Hermes, die ebenso unberechtigt sind wie die früheren Vorwürfe gegen seinen Vorgänger. In politischen Kreisen wird die Lage aber durchaus ruhig beurteilt und darauf hingewiesen, daß sie nicht allzu tragisch zu nehmen sei.

*

Vor dem Abbruch?

Berlin, 18. Oktober. (Kurj. Pozn.) Der Regierung nahestehende Persönlichkeiten sind der Ansicht, daß man die Verhandlungen mit Deutschland als abgebrochen betrachten könne. Entgegen den Angaben einiger Morgenblätter, Dr. Hermes werde am Sonnabend nach Warschau zurückkehren, erklärt man, daß die Rückreise des deutschen Delegationsführers nach Polen jetzt durchaus nicht aktuell ist. Am Sonnabend findet vielmehr ein Kabinettsrat statt, in dem Hermes Bericht erstatten und das Kabinett die weitere Politik gegenüber Polen besprechen werde. Wie man hört, wünscht Dr. Stresemann, der gegenwärtig in Wiesbaden weilt, einen persönlichen Bericht von Dr. Hermes, und Dr. Hermes werde vermutlich noch heute dahin abreisen.

*

Berlin, 18. Oktober. (PAT) Die gesamte Berliner Presse beschäftigt sich heute in umfangreichen Artikeln mit der Krisis, die in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen entstanden ist. Die Blätter bringen fast gleichlautende, offenbar aus einer Quelle stammende Meldungen, in denen die Schuld für die gegenwärtige Spannung in den Verhandlungen Polen zugeschoben wird. Es wird betont, daß die polnische Seite in den gegenwärtigen Verhandlungen nicht einmal für jene Zugeständnisse an Deutschland zu haben war, die bereits in der Unterredung zwischen dem Minister Stresemann und Dr. Jackowski gemacht worden waren. In den Meldungen wird hervorgehoben, daß die deutsche Seite damals Polen ein Kontingent von 200 000 Stück Borstenvieh und 200 000 Tonnen Kohle zuerkannt habe. Minister Hermes soll vor seiner letzten Abreise aus Warschau vor fünf Tagen Polen weitere erhebliche Zugeständnisse in der Frage der Ausfuhr von Borstenvieh und Kohle gemacht haben. **Trotzdem habe Polen irgendwelche Gegenkonzessionen an Deutschland abgelehnt und einen vollkommen freien Import von Borstenvieh, sowie Schweine- und Rindfleisch gefordert.** Die Berliner Presse bezeichnet mit Nachdruck die polnischen Forderungen als unannehmbar und betont, daß Deutschland derartige Konzessionen in bezug auf die Einfuhr von Borstenvieh und Fleisch nicht einmal den Ländern zugestehen könnte, die in veterinärer Hinsicht höher stehen als Polen.

Die „**Börsenzeitung**" erklärt ferner in Telegrammen aus Warschau über die gegenwärtige Verhandlungskrisis, daß die deutschen maßgebenden Kreise der Meldung widersprechen, als ob die Verhandlungen abgebrochen worden seien. Von deutscher Seite seien sogar Vorschläge gemacht worden und man erwarte polnische Gegenvorschläge. Da bis jetzt die Gegenvorschläge von polnischer Seite noch nicht mitgeteilt wurden, sei der Leiter der deutschen Delegation Dr. Hermes abermals nach Berlin gekommen. Das Blatt ist der Meinung, daß diese Erklärung der maßgebenden deutschen Kreise nicht allzu überzeugend sei. Vom formellen Gesichtspunkt aus seien vielleicht die Verhandlungen nicht unterbrochen worden, in der Praxis aber würden sie augenblicklich nicht fortgesetzt. Die „Börsenzeitung" erklärt, daß die Aussichten für den Abschluß eines schnellen und befriedigenden Traktats mit Polen gegenwärtig außerordentlich schwach seien.

Die deutschnationale „**Deutsche Tageszeitung**" wirft Polen die Sabotierung der Wirtschaftsverhandlungen vor, und stellt fest, daß der Grund dieser Sabotage weniger wirtschaftliche als politische Rücksichten seien.

Sachverständige für Chorzow.

Haag, 18. Oktober. In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Ständigen internationalen Schiedsgerichts wurde entsprechend dem am 13. v. M. in der Frage des deutsch-polnischen Streites um die Chorzow-Werke gefaßten Beschluß eine Sachverständigen-Kommission zur Abschätzung des Wertes der Chorzow-Werke ins Leben gerufen. Ihr gehören folgende neutrale Mitglieder an: Ingenieur Emil Collet (Norwegen), Ingenieur Hans Herzog (Schweiz) und der Generaldirektor der norwegischen Anstalten Hafslund Karbid Ivar Horn. Die Kommission hat die Aufgabe, den endgültigen Entschädigungsbetrag festzusetzen, den Polen Deutschland zu zahlen hat. Gleichzeitig wurden die beiden strittigen Parteien gebeten, im Generalsekretariat des Internationalen Schiedsgerichtshofs bis zum 11. November ihre Vertreter für diese Kommission zu benennen.

Schulreform.

Pläne des Kultusministeriums.

Warschau, 18. Oktober. Im Kultusministerium werden gegenwärtig neue Verordnungen vorbereitet, die zur Vereinfachung der bisherigen Bestimmungen in der Frage der Zuerkennung der Rechte von Staatsschulen an Privatschulen beitragen sollen. Gleichzeitig beabsichtigt das Kultusministerium, wie der „Głos Prawdy" erfährt, mit dem 1. Februar nur fünf Unterrichtsstunden in den Mittelschulen einzuführen. Der bisherige Unterricht dauerte sechs bis sieben Stunden täglich.

Bemühungen um eine Eisenbahnanleihe.

Warschau, 18. Oktober. Ein der Regierung nahestehendes Blatt veröffentlichte gestern eine Unterredung mit dem Verkehrsminister, der u. a. sagte, daß er mit dem Finanzberater der Bank Polski, Herrn Devey, konferiert habe und daß dieser sich im Januar nach Amerika begeben werde, um den Boden für eine eventuelle Eisenbahnanleihe für Polen zu prüfen. Nach der Berechnung des Ministers Kühn wird Polen in den nächsten fünf Jahren für Eisenbahnbauten 4 Milliarden Złoty brauchen. Im laufenden Jahre wurden für diesen Zweck 270 Millionen ausgegeben, für das kommende Jahr sind an Ausgaben für Eisenbahnbauten 330 Millionen Złoty vorgesehen. Der Minister nimmt an, daß die Regelung der Tarife, durch welche die Eisenbahneinnahmen um 100 bis 120 Millionen erhöht werden sollen, diese Ausgabe ermöglichen werde.

Die Spaltung in der PPS vollzogen.

Warschau, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Unter dem Vorsitz des Abg. Barlicki trat gestern nachmittag im Sejm das **Zentralvollzugskomitee der PPS** zusammen, um über die letzten Vorkommnisse innerhalb der Partei und der Berufsverbände zu beraten. Im Ergebnis der vierstündigen Sitzung wurde beschlossen, **das Warschauer Arbeiter-Bezirkskomitee zu suspendieren**, sofern es bis Freitag, 19. d. M., nicht eine Erklärung abgibt, daß es die Anweisungen des Zentralvollzugskomitees loyal erfüllen und sich einer Politik fernhalten wolle, die den Beschlüssen der Obersten Parteibehörde zuwiderläuft.

Unverzüglich darauf verließ der Abg. Jaworowski die Sitzung und begab sich in das Versammlungslokal des Bezirksarbeiter-Komitees, wo die Delegierten seine Ankunft bereits erwarteten. Bis spät in die Nacht hinein be-Versammlung faßte schließlich den Beschluß, die Beschlüsse des Zentralvollzugskomitees nicht zur Kenntnis zu neh-faßte man sich mit der neu geschaffenen Situation. Die men und die geforderte Loyalitätserklärung nicht abzugeben. Damit ist die Spaltung innerhalb der Polnischen Sozialistischen Partei zu einer vollzogenen Tatsache geworden.

*

Warschau, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das Arbeiterbezirkskomitee in Warschau erließ, nachdem es den Zentralbehörden der Partei den Gehorsam verweigert hatte, gestern einen Aufruf, der von der PPS — früher revolutionäre Fraktion — unterzeichnet ist. Auf diese Weise hat man sich zu der Tradition der revolutionären Fraktion der PPS wieder bekannt, die nach der Spaltung im Jahre 1909 entstand. Der Aufruf wendet sich in scharfen Worten gegen die Leitung der PPS. Das Organ der revolutionären Fraktion der PPS ist die sozialistische Tageszeitung „Przedświt" (Morgenröte). Im Laufe des gestrigen Tages bahnte die neue Partei einen Kontakt mit der Sezession der PPS in Oberschlesien an, die unter der Leitung von Siniszkiewicz steht. **Es wurden Verhandlungen über die Bildung einer gemein-**

samen Partei eingeleitet. Beschlossen wurde ferner ein Arbeiterzentralkomitee der PPS unter der Bezeichnung „revolutionäre Fraktion" zu organisieren. Wie es heißt, rechnet die revolutionäre Fraktion der PPS auf die Mitwirkung der sozialistischen Organisationen in Krakau, Lublin und Kielce.

Der Lodzer Streik im Abflauen.

Lodz, 18. Oktober. (PAT.) Der Generalstreik ist seit gestern im Abflauen begriffen. Die Straßenbahnen verkehren wieder, und die übrigen Institutionen der öffentlichen Wohlfahrt sind ebenfalls tätig. In den Bureaus des Magistrats wird morgen die Arbeit wieder aufgenommen werden. Im Streik befinden sich weiterhin die Metall- und Textilarbeiter. In industriellen Kreisen wird damit gerechnet, daß morgen in einigen Fabriken der Betrieb wieder aufgenommen werden wird, da sich schon heute zahlreiche Arbeiter in den Betrieben eingefunden hatten und ankündigten, daß morgen die Inbetriebsetzung der Fabrikabteilungen möglich sein wird.

Ergebnisloser Verlauf der Warschauer Konferenz.

Warschau, 19. Oktober. PAT. Den ganzen gestrigen Tag über fanden im Ministerium für Arbeit und öffentliche Fürsorge Beratungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen und den Delegierten der Textilindustrie über die Liquidierung des in Lodz und im Lodzer Bezirk ausgebrochenen Konflikts statt. Minister Jurkiewicz versuchte, die Industriellen zu bewegen, in den von den Arbeiterorganisationen erhobenen Forderungen gewisse Zugeständnisse zu machen. Zu einem positiven Ergebnis kam man jedoch nicht. Nachdem die endgültigen Vorschläge den Arbeiterorganisationen mitgeteilt worden waren, erklärten die Delegierten dieser Organisationen, daß die ihnen gemachten Vorschläge, die ihre Forderung nicht befriedigten, ungenügend seien, so daß man sie nicht zur Kenntnis nehmen könne. Damit wurde die Konferenz geschlossen.

*

Auch Bialystok streikt.

Bialystok, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Bis in die späte Nacht hinein beratschlagten gestern die Delegierten der hiesigen Arbeiterverbände. Es wurde schließlich beschlossen, zur Unterstützung der Forderungen der Textilarbeiter in Lodz in den Fabriken den Streik zu proklamieren. Die Arbeit wurde heute 10 Uhr vormittags niedergelegt.

Die Broschüre des Herrn Bartel.

Warschau, 18. Oktober. Am Dienstag ist hier die angekündigte Broschüre mit dem Titel „Die Mängel des Parlamentarismus" erschienen, die den authentischen Text der im „Kurjer Wileński" am 4. Oktober d. J. veröffentlichten Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Bartel enthält. Das Vorwort, das hierzu Herr Bartel selbst geschrieben hat, hat folgenden Wortlaut:

„In der im „Kurjer Wileński" am 4. Oktober d. J. veröffentlichten Unterredung habe ich die Frage des Umbaues oder auch der Besserung der Staatsstruktur in Polen fast nicht berührt. Das von mir angeschnittene Thema ist anderer Art. Wie dies in einer Unterredung mit Pressevertretern möglich ist, habe ich in der Form eines sehr oberflächlichen Gesprächs das Problem des Parlamentarismus überhaupt im Auge gehabt. Ich hob hervor, daß mir die parlamentarische Praxis in allen Ländern fehlerhaft erscheint, weil ihr der organische Sinn fehlt und weil sie sich auf Widersprüche stützt.

Ich habe die Gewohnheit, klar und unzweideutig zu sprechen, und es scheint mir auch, daß ich in der Formulierung von Sätzen gewöhnlich hinreichend genau bin. Die kritischen Ansichten über den Parlamentarismus habe ich des öfteren von der Sejmtribüne aus beleuchtet, meine letzten Darlegungen in dieser Materie können daher keineswegs als eine Ketzerei aufgefaßt werden.

Ein Teil der Auslandspresse legt meine Unterredung so aus, als ob ich den Weg für die Monarchie in Polen ebnen wollte. Ein inländischer Kritiker, der seine Argumente in einen guten, wenn auch seichten Humor zu kleiden pflegt, hat „meine Pläne" als den Interessen des Staates zuwiderlaufend bezeichnet. Den Kampf sowohl mit dem Stumpfsinn, als auch mit dem bösen Willen halte ich für zwecklos; meine Zeit pflege ich produktiver zu verwerten.

*

Die „Vereinigung von Stadt und Land".

Warschau, 18. Oktober. In diesen Tagen traf zum erstenmal nach der Verschmelzung der Arbeitspartei mit dem Verbande zur Besserung der Republik der Vorstand der Vereinigung von Stadt und Land zu einer Tagung zusammen, an der etwa 40 Abgeordnete und Senatoren teilnahmen. Über die politische Situation sprach der Abg. Koscialkowski, und den Bericht aus der Organisationsaktion legte der Sekretär Paprocki vor. Das wichtigste Thema der Beratungen bildete ein Referat des Abg. Lechnicki über die Verfassung.

Die Diskussion fand ihren Abschluß mit einem Beschluß, in welchem die Notwendigkeit festgestellt wird, eine intensive Aktion zur Änderung der Verfassung in der Richtung der Stärkung der Vollzugsgewalt ohne Antastung der Grundsätze der demokratischen Staatsstruktur zu unternehmen.

Lettisch-litauischer Konflikt.

Einem Telegramm der „Königsb. Hartungschen Ztg." aus Riga zufolge sind der Ministerpräsident Litauens, Professor Waldemaras, und der Außenminister Lettlands, Balutis, der zugleich Gesandter in Kowno ist, in scharfen Konflikt geraten. Waldemaras kam in einem Presseinterview auf die Transitbahn durch Litauen und die Stellung zu sprechen, die der lettische Außenminister in Genf dazu eingenommen hatte. Waldemaras stellte fest, daß die Haltung Balutis' den guten Beziehungen zwischen Litauen und Lettland ernsten Abbruch getan habe. Mit einer im diplomatischen Leben ungewohnten Schroffheit erklärte der Diktator Litauens, daß Litauen das Verbleiben Balutis' als lettischer Gesandter in Kowno als unbequem empfinden würde. Er fordert die Neubesetzung dieses Postens. Balutis antwortet darauf ebenso scharf und wirft Waldemaras vor, daß er seinen Freundschaftsbeteuerungen gegen Lettland niemals Taten folgen ließ. Unbegreiflich und ungewöhnlich sei der persönliche Ausfall gegen ihn. Der Außenminister benutzt die Gelegenheit, um wieder mit Nachdruck die strengste Neutralität Lettlands im polnisch-litauischen Konflikt festzustellen.

Lord Birkenheads Nachfolger.

London, 19. Oktober. (PAT.) Nach einer amtlichen Meldung wurde Lord Peel zum Staatssekretär für indische Fragen an Stelle von Lord Birkenhead ernannt.

Republik Polen.

Ernennung des Generals Berbecki zum Armee-Inspekteur.

Warschau, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der bisherige Kommandeur des 8. Armeekorps in Thorn, Divisionsgeneral Leon Berbecki, wurde zum Armee-Inspekteur mit dem Sitz im Generalinspektorat der bewaffneten Kräfte in Warschau ernannt. Wer sein Nachfolger auf dem Posten des pommerellischen Armeekorps werden wird, ist noch nicht bekannt.

General Rozwadowski †.

Warschau, 19. Oktober. (PAT.) Der Brigadegeneral Tadeusz Jordan Rozwadowski, gegen den bekanntlich ein Untersuchungsverfahren schwebte, ist hier im Alter von 66 Jahren gestorben. Die Verhandlung gegen ihn vor dem Militärgericht wurde infolge seiner Krankheit schon etliche Male vertagt; sie sollte nun in allernächster Zeit stattfinden. Die Anklage gegen den General muß jetzt niedergeschlagen werden.

Polnisch-lettische Verkehrsverhandlungen.

Riga, 18. Oktober. PAT. Die polnisch-lettischen Verkehrsverhandlungen, die am 15. d. M. in Riga begonnen haben, nehmen einen normalen Verlauf. In den ersten beiden Tagen beschäftigte man sich mit dem polnischen Projekt eines Abkommens, durch welches das bisherige Abkommen ergänzt werden soll. Das polnische Projekt bezweckt die sofortige Einführung eines direkten Eisenbahnverkehrs zwischen den beiden Staaten. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen gibt Anlaß zu optimistischen Hoffnungen in dieser Beziehung.

Vorbereitungen für einen regelmäßigen Ozeanflugverkehr.

Dr. Eckener verhandelt.

Trotz aller jubelnden Empfänge hat Dr. Eckener nicht vergessen, auch in anderer Beziehung für den Luftschiffbau zu werben. Wie die „Voss. Ztg." meldet, ist er mitten in den Verhandlungen mit amerikanischen Bankiers und Banken über die **finanzielle Zukunft des regelmäßigen Zeppelinfluges Europa—Amerika.** Auf der Fahrt im Zuge von Newyork nach Lakehurst zur Besichtigung des Luftschiffes wird Dr. Eckener mit Dr. Arnstein und mehreren anderen Personen der Goodyear Zeppelin Co. aus Akron und einem bekannten Newyorker Kapitalisten, dessen Name bisher geheimgehalten wird, die Aussichten einer bald zu gründenden Gesellschaft erörtern. Der Bankier soll schon vor vier Jahren nach der Überführung des „Z. R. 3" sein Interesse bekundet haben, verlangte aber damals weitere Beweise der Möglichkeit regelmäßiger Flüge. Eckener hofft diesen Bankier von der Durchführbarkeit eines flugplanmäßigen Verkehrs mit Zeppelinen überzeugen zu können.

Da Eckener in den Tagen nach seiner Ankunft noch mit vielen anderen Finanziers zu sprechen Gelegenheit hatte, in Newyork werden besonders Otto Kahn und Felix Warburg genannt, so besteht auch die Möglichkeit, daß die Gelder aus diesen Konzernen kommen können.

Dr. Eckener beziffert das erforderliche Kapital auf 14 Millionen Dollar, davon seien 8 Millionen für den Bau von vier neuen, noch größeren Luftschiffen und die übrigen 6 Millionen für den Bau von Landungsplätzen in Amerika und Europa bestimmt. Man glaube, daß bei Einrichtung eines regelmäßigen transatlantischen Luftdienstes die Zahl der Passagiere verhältnismäßig gering sein werde, da ausgerechnet worden sei, daß es viel vorteilhafter wäre, Briefe zu 50 Cents (2.— RM.) das Stück zu befördern, als Passagiere zu einem Fahrpreis von je 3000 Dollar.

Der europäische Abflughafen.

Bei den vielen Reden, die in Amerika von Zeppelinleuten und Amerikanern gewechselt wurden, war auch erwähnt worden, daß der zukünftige europäische Abflughafen in der Nähe von Basel auf deutschem Gebiet liegen solle. Dr. Eckener versicherte, daß Friedrichshafen stets die Werft bleiben wird, und allein auf vier Jahre Beschäftigung bekommt, wenn vier gleich große Schiffe des beabsichtigten neuen Typs auf Stapel gelegt werden. Der preußische Innenminister Grzesinski äußerte zu der gleichen Frage, daß auch in der Nähe von Friedrichshafen geeignetes Gelände für den Startplatz vorhanden sei.

Feierlichkeiten

wurden wieder eine ganze Reihe in Newyork für die Zeppelin-Leute abgehalten, darunter ein Essen in der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer im Astor-Hotel, an dem auch der Bürgermeister Walker teilnahm. Andere Gäste waren der deutsche Generalkonsul in Newyork, Dr. Lewinski und Professor Hoetzsch, der zurzeit in Amerika weilt.

In Philadelphia wurde der Zeppelin-Besatzung ebenfalls ein begeisterter Empfang zuteil.

Hünefeld in Tokio eingetroffen.

Tokio, 19. Oktober. (PAT) Baron von Hünefeld mußte am gestrigen Tage infolge des Sturmes in einer Vorstadt von Tokio notlanden. Die Junkersmaschine „Europa" ist stark beschädigt. Die Besatzung kam unverletzt davon.

Der Ozeanflieger Macdonald verschollen.

London, 18. Oktober. (PAT) Wie das britische Luftverkehrsministerium mitteilt, sollte der englische Flieger Macdonald, der, wie wir berichteten, gestern aus Harbour Grace auf Neufundland etwa um 5 Uhr nachmittag zu einem Flug nach London gestartet war, eine Strecke von etwa 3200 Kilometern durchfliegen. Er hatte einen sehr günstigen Westwind, helle Mondnacht und ein weites Sichtfeld. Unter diesen Bedingungen hätte Macdonald im Laufe von 20 Stunden am Weststrande Irlands eintreffen müssen. Nach theoretischen Berechnungen hätte er in Stag Lane bei London heute abend landen müssen. Bis jetzt fehlen jede Nachrichten über das Schicksal des Fliegers und man ist in England um ihn in großer Besorgnis. Der Benzinvorrat gestattet es dem Flieger, bis morgen früh in der Luft zu bleiben. Es kann sein, daß Macdonald an irgendeinem entvölkerten Ort in Irland gelandet ist, jedoch kein Lebenszeichen geben kann, da er keinen Radioapparat besitzt.

Hauseinsturz in Frankreich.

7 Tote, 12 Vermißte.

Vincennes, 19. Oktober. Hier ist ein großer Neubau eingestürzt, wobei 16 Arbeiter unter den Trümmern begraben wurden. Bis jetzt wurden 7 Leichen geborgen; die andern liegen noch unter den Trümmern. Das eingestürzte Haus war sechs Stock hoch und umfaßte eine Fläche von 250 Quadratmetern. In dem Bau waren 25 Arbeiter, vorwiegend Italiener beschäftigt. Der Bauherr, ein Italiener, soll die Pläne zu dem Gebäude von einem Manne erhalten haben, der kein Architekt war.

Wanderlehrer unter Spionageverdacht.

Wie wir bereits vor längerer Zeit berichteten, sind die Wanderlehrer Erwin Wolski und Erasmus Flisovski im Mai d. J. ins Untersuchungsgefängnis in Ostrowo eingeliefert worden, weil sie spionageverdächtig wären.

Flisovski ist jetzt am 1. d. M. auf freien Fuß gesetzt worden. Die Gründe dafür, weshalb dies bei Wolski noch nicht geschehen ist, sind unbekannt.

Bekanntlich haben diese Wanderlehrer die friedliche Aufgabe, die deutschen Eltern zu unterweisen, wie sie ihren Kindern, die keine deutschen Schulen mehr haben, häuslichen deutschen Schreib- und Leseunterricht erteilen könnten. Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, was diese Tätigkeit mit Spionage zu tun hat. Inzwischen hat sich die Gerichtsbehörde, der wahrscheinlich wieder einmal nur durch den schlecht angebrachten Übereifer unterer Verwaltungsorgane die Arbeit gemacht worden ist, anscheinend davon überzeugt, daß an der Sache nichts ist. Das hat immerhin ziemlich lange gedauert. Wir möchten nur hoffen, daß auch Wolski bald auf freien Fuß gesetzt wird.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 19. Oktober.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung mit Niederschlagsneigung an.

Konzert Florizel von Reuter.

Ein künstlerisches Erlebnis seltenster Art hatten alle diejenigen, die gestern der Einladung der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft ins Zivilkasino zu dem Konzert Florizel von Reuter gefolgt waren. Der Saal war nicht wie sonst gefüllt — mögen es die beklagen, die nicht da waren. Herr von Reuter, dessen sympathische Art sofort die Herzen gewann, mußte wieder und wieder auf dem Podium erscheinen, weil der wuchtige Beifall kein Ende nehmen wollte. Er ist ein begnadeter Meister; seine wunderbare Technik überwältigt, und er geigt uns in Andacht schlicht und innig. Die g-Saite — sonst die Schwäche aller Geigen — klingt auf seinem Wunderinstrument, wie wir sie uns einst in der Hand Paganinis tönend denken. Er spielte ein langes schweres Programm, deutsche Klassiker im ersten Teil, und dann zwei neue Meister: eine Burleske von dem bulgarischen Komponisten Wladigeroff — er lebt in Berlin — und die starke Zigeuner-Rhapsodie des Franzosen Ravel. Wir unterlassen heute die Besprechung der einzelnen Werke: der Künstler spielt noch in Graudenz und Thorn.

Am Flügel begleitet Udo Dammert aus München und zeigt sein starkes Können als Solist an Chopin, Liszt und Debussy. Auch ihm wurde reicher Beifall.

Florizel von Reuter — er stammt aus Amerika von rheinischen Eltern — ist in Oberschlesien und Posen längst bekannt, er kommt in unser Gebiet zum erstenmal. Wir würden uns freuen, käme er wieder.

§ **Die gestrige Stadtverordnetensitzung** konnte nicht stattfinden, da infolge Fehlens einer großen Anzahl Stadtverordneter die Versammlung beschlußunfähig war. Sie findet in 8 Tagen mit der gleichen Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden statt. Zur Beratung wird dann wohl endlich der Plan zum Ausbau der Stadt Bromberg kommen, dessen Wichtigkeit scheinbar von vielen Stadtverordneten unterschätzt wird. Dieser Plan legt das Zukunftsbild der Stadt fest, bestimmt die Anlage von Plätzen, Alleen, ferner in welchen Stadtteilen drei- oder vierstöckige Häuser erbaut werden sollen, bzw. wo keine Häuser gebaut werden dürfen. Ein eingehendes Studium dieser Pläne ist dringend zu wünschen, damit in späterer Zeit der jetzigen Versammlung nicht Vorwürfe gemacht werden können, daß sie eine so wichtige Angelegenheit wie den Ausbauplan der Stadt leichtfertig erledigt habe.

§ **Scharfschießen** veranstaltet die Unteroffizierschule am 23. d. M. auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zufahrtstraßen sind durch Militärposten gesichert.

§ **Verkehrsprobleme.** Eins der wichtigsten Verkehrsprobleme der Stadt ist die Brückenstraße, die einerseits durch ihre Enge, andererseits durch ihre Lage in der Hauptverkehrsrichtung eine große Gefahr für Fußgänger und Fahrzeuge bedeutet. Schon zu deutscher Zeit hatte man die Häuser in der Brückenstraße vom Magistrat angekauft, um diese Straße zu erweitern. Der Krieg und die politischen Veränderungen mit ihrem Gefolge von großer Wohnungsnot verhinderten die Ausführung dieses Planes. Jetzt hat man, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, die Absicht, das Problem auf andere Weise zu lösen. Man will die Läden in den Häusern dieser Straße kassieren und eine Art Kolonnade schaffen. Dorthin, wo sich bisher die Geschäfte befanden, will man den Bürgersteig legen, während die überhängenden Teile der Gebäude durch Säulen gestützt werden sollen. Der Fahrdamm würde dann um die jetzigen Bürgersteige verbreitert werden können. Der Plan hat gewiß vieles für sich. Seine Verwirklichung ist jedoch eine Frage der Zeit und — des Geldes. Ein anderes Verkehrsproblem stellt die Ecke Theaterplatz—Danzigerstraße dar. Dieses schwierige Gebiet will man für den Fußgänger auf die Weise ungefährlich machen, indem man einen Verkehrstunnel schafft, so daß die Passanten trotz lebhaften Autoverkehrs die andere Straßenseite erreichen können. — Übrigens hat der Polizist, der an dieser Stelle den Verkehr zu regeln hat, seit neuester Zeit an dem die Richtung weisenden Stock eine kleine Laterne befestigt, die er rot aufleuchten lassen kann, um sich des Abends den Autos gegenüber bemerkbar zu machen. Eine gewiß lobenswerte Neuerung, die leider vorläufig noch nicht recht wirksam ist. Das Fußgängerpublikum umsteht mit Staunen den Polizisten und wartet auf das Aufleuchten des Lämpchens — wodurch natürlich neue Verkehrshindernisse entstehen!

§ **Eine neue Steuer** beabsichtigt das Kultusministerium einzuführen. Es bearbeitet zurzeit den Entwurf eines Büchereigesetzes, das die Einrichtung von Büchereien in sämtlichen Städten und größeren Dorfgemeinden vorsieht, wobei je eine Bücherei auf 20 000 Einwohner entfallen soll. Um die entsprechenden Mittel aufzutreiben, wird die Einführung einer Steuer in der Höhe von 10 Groschen von jedem Einwohner beabsichtigt. Diese Büchereien werden nur polnische Bücher enthalten, während die Steuer auch von deutschen Einwohnern erhoben werden wird. Für das Geld, das von allen Bürgern genommen wird, wird somit eine Einrichtung geschaffen, die nur einem bestimmten Teil der Bevölkerung zugute kommen wird.

§ **Vermißt** wird seit dem 16. d. M. der 20jährige Bronislaw Jurek aus Berlin, der bei Verwandten in Jagdschütz wohnte. Der junge Mensch litt an Krämpfen, weshalb man befürchtet, daß er bei einem Anfall in die Brahe gestürzt ist. Der Vermißte trug einen deutschen Paß bei sich, war mittelgroß, hatte rötlichblonde Haare und trug einen langen schwarzen Wintermantel. Personen, die zweckdienliche Angaben über den Verbleib des Vermißten machen können, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 242.

Bromberg, Sonnabend den 20. Oktober 1928.

Pommerellen.

19. Oktober.

Graudenz (Grudziądz).

× **Große Wechselfälschungen** hat sich der Hauptinhaber der etwa vor einem Jahre in der Lindenstraße gegründeten „Seifen- und Kerzenfabrik Concordia" namens Benjamin Vogelman zuschulden kommen lassen. Die Firma, bei der außer V. noch zwei Personen beteiligt waren, bestand einige Monate, in welcher Zeit V. eine erhebliche Schuldenlast sich aufbürdete. U. a. hat V. einer Firma in Konitz einen auf einen ziemlich hohen Betrag lautenden Wechsel durch die Post zum Inkasso zugesandt, der von der Firma „Concordia" in Graudenz giriert war. Der Wechsel wurde als falsch festgestellt, und als der Fälscher V. ermittelt. Dieser hat, wie weiter erwiesen wurde, es verstanden, die Stempel mehrerer größerer Firmen nachzuahmen und sodann mit falschen Unterschriften versehene Wechsel fabriziert, denen er das Giro der Firma „Concordia" gab. Diese Wechsel, die er in Banken nicht diskontieren lassen konnte, fanden in zwei der Polizei bekannten Personen, die sich mit dem Ankauf langterminiger Wechsel beschäftigen, willige Abnehmer. Ihnen verkaufte V. diese „Wertpapiere" mit bis zu 50 Prozent Ermäßigung. Außer den eben erwähnten Personen ist auch ein Grundbesitzer in der Nähe von Graudenz durch den Betrüger geschädigt worden, der von V. Wechsel erwarb, sie in einer hiesigen Bank diskontierte und dafür eine hypothekarische Sicherheit leistete. Auf diese Weise hat der Geschädigte eine erhebliche Summe und damit fast sein ganzes Besitztum eingebüßt. Der Betrag der von V. begangenen Betrügereien erreicht, soweit er bisher festgestellt ist, die Höhe von etwa 100000 Złoty. Hinter dem flüchtigen Betrüger ist ein Steckbrief erlassen worden. Nach den angestellten Ermittelungen befindet sich V. in der Tschechoslowakei. *

× **Versuchter Selbstmord.** Mittwoch nachmittag kehrte eine nach Thorn gefahrene 20jährige Arbeiterin namens Mikulska von dort mit der Bahn zurück. Zwischen den Stationen Mischke und Graudenz versuchte das in einem Abteil 3. Klasse sitzende junge Mädchen dadurch, daß es eine nicht unerhebliche Menge Salzsäure zu sich nahm, Selbstmord zu begehen. Danach lief die Verzweifelte, unter schrecklichen Schmerzen sich windend, schreiend auf den Korridor des Waggons. Das Zugpersonal bemühte sich, ihr die erste Hilfe zu erteilen, indessen verweigerte das Mädchen unter der Beteuerung, daß sie sterben wolle, die Annahme von Arznei. Nachdem der Zug in Graudenz eingetroffen war, wurde die M. mit dem herbeigerufenen Sanitätsauto ins städtische Krankenhaus gefahren. Ihr Zustand ist zwar ernst ,aber trotzdem dürfte sie voraussichtlich wiederhergestellt werden. *

× **Eine harmlose Aufklärung** erfuhr ein vermeintlicher Raubüberfallversuch, der sich Mittwoch abend zutrug. In der siebenten Stunde klingelte an der Korridortür einer Wohnung im zweiten Stock eines Hauses der Börgenstraße ein junger Mann. Die allein anwesende Hausfrau öffnete und fragte nach dem Begehr des Fremden. Dieser murmelte nur etwas Unverständliches vor sich hin und suchte Eingang in die Wohnung zu erlangen, wurde aber von der Frau zurückgedrängt, die dann die Tür schloß. Der unheimliche Fremde klopfte weiter an die Tür und verlangte Einlaß. Die geängstigte Frau lief dann zum Hoffenster und rief der in der Nähe auf dem Kämmereihofe übenden Feuerwehr Hilferufe zu. Das war von Erfolg. Leute eilten hinzu, nahmen den grausigen Übeltäter mitsamt dem Chauffeur der Autotaxe, mit der, wie man feststellte, der Unbekannte gekommen war, fest und brachte sie zur Polizei. Hier stellte die Behörde am nächsten Vormittag fest, daß es sich bei dem in so schweren Verdacht Geratenen um einen Landwirtssohn aus Boguschau, Kreis Graudenz, gehandelt hat, der weit über den Durst getrunken und in diesem Zustande irrtümlich Bekannte in dem in Betracht kommenden Hause gesucht hatte. *

× **Wieder einmal unnütz in Anspruch genommen** wurde in der Nacht zum Donnerstag um 2½ Uhr die Feuerwache. Durch Feuermelder Nr. 36 rief man sie nach der Oberbergstraße, wo aber kein Brand angetroffen wurde. Diesmal gelang es, den Täter in der Person eines in der Nähe wohnenden Handwerkers zu ermitteln, der zweifellos in angetrunkenem Zustande den Streich verübt hat. Jetzt sieht er einer strengen Bestrafung entgegen. *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Deutscher Frauentag in Graudenz. Am 22. und 23. Oktober findet der Deutsche Frauentag in Graudenz statt. Die deutschen Frauen von Graudenz laden hierzu in bekannter, oft bewährter Gastfreundschaft herzlichst ein und stellen für alle auswärtigen Teilnehmer bereitwilligst Gastquartiere zur Verfügung. Diesbezügliche Meldungen an Frl. Helene Fuhr, Kilinskiego 8, erbeten. (13955 *

Das Festkonzert des M.-G.-V. Liedertafel anläßlich des 66. Stiftungstages des Vereins am Sonnabend, dem 3. Nov. d. J., wird getreu der alten Tradition auch dieses Jahr mit einem ganz auserlesenen Programm vor die Öffentlichkeit treten. Der Männerchor bringt Kunstchöre mit Klavier- und Harmoniumbegleitung von Beethoven, ferner Volkslieder in ganz auserlesener Bearbeitung für Chor und eine Reihe allerliebster heiterer Chöre moderner Komponisten zum Vortrage. Besonders wird darauf hingewiesen, daß es dem Verein gelang, sich eine **Uraufführung** zu sichern: **„Lied der Auslandsdeutschen"** von Viktor Czajarek, dem bekannten, auf dem Wiener Sängerfest besonders ausgezeichneten Dirigenten und Komponisten. Abwechselung in die Vortragsfolge bringt die Bromberger Altistin Annemarie Rehbein mit Liedvorträgen und das Klaviertrio Hetschko-Haß-Schulz. Nach den Vorträgen findet Tanz statt. Die Tanzmusik besorgt die vollständige, ausgezeichnete Adler-Kapelle unter Leitung von Konzertmeister A. Haß, was auch von den Nichttänzern, die gern den Klängen dieser Kapelle lauschen, freudigst begrüßt werden wird. (13954 *

Thorn (Toruń).

—* **Der erste Frost** wurde hier in der Mittwochnacht mit 1½ Grad Celsius festgestellt. * *

ǂ **Kabelverlegung.** Die Elektrizitätsversorgung der Stadt Thorn durch das Schwarzwasserkraftwerk Grodek macht die Verlegung neuer unterirdischer Stromkabel erforderlich. Das neue Kabel, das durch die Coppernicus-, Bäcker- und Windstraße nach der Innenstadt führt, wird zurzeit auf dem Altstädtischen Markt verlegt. Es läuft an der Front des Hauptpostamtes entlang, bis vor die Konditorei Dorsch, biegt dann in rechtem Winkel ab und wird vor dem Mallonschen Geschäftshaus quer über den Markt nach dem Rathause geführt. Wegen der Arbeiten ist die Durchfahrt auf der Nordseite des Marktes gesperrt, auch mußten die Autodroschken ihren Parkplatz von der Postseite nach der gegenüberliegenden Seite des Rathauses verlegen. Während die Innenstadt im Gegensatz zur Bromberger Vorstadt bisher mit Gleichstrom versehen wurde, wird sie nach Fertigstellung des neuen Kabels, das von der Fabrik „Kabel Polski" geliefert wurde, gleichfalls Drehstrom erhalten. * *

ǂ **Straßenbau.** Die ul. Matejki, die aus der früheren Bender- und der Heppnerstraße besteht und vom Klärwerk in der Fischerstraße nach der Kirchhofstraße führt, wird jetzt in ihrem Mittelteil zwischen der Bromberger- und der Mellienstraße ausgebaut. Bekanntlich war dieser Straßenbau schon vor langen Jahren vorgesehen, jedoch nie ausgeführt worden, da in diesem Abschnitt noch keine Häuser stehen. * *

ǂ **Endlich!** Am Donnerstag begann man damit, den bisher noch nicht umgepflasterten Teil des Bürgersteiges (zwischen dem Altstädtischen Markt und der Schillerstraße) aufzureißen. Hier sollen nun endlich auch die kleinen Zementfließen gelegt werden, wie sie die ganze übrige Breitestraße bereits seit etwa Jahresfrist aufweist. * *

ǂ **Kleingeldmangel.** Im geschäftlichen Leben macht sich großer Mangel an Eingroschen-Stücken bemerkbar. Sie sind fast gänzlich von der Bildfläche verschwunden, zumal die Bank Polski auch keine Stücke ausgibt. * *

—* **Wegen Straßenraubes** hatte sich der 33jährige Reisende Stanislaw Zgida vor der Strafkammer zu verantworten. Als während der Verhandlung der Staatsanwalt etwas von 1—5 Jahren Zuchthaus sprach, fing die im Zuhörerraum anwesende Frau des Angeklagten heftig zu weinen an und bat um Freilassung ihres Mannes. Wegen Vertagung des Prozesses wurde auch hierauf der bisher in Haft gewesene Angeklagte vorläufig auf freien Fuß gesetzt. * *

Culmsee (Chełmża).

i. **Feuer** entstand in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch gegen 1 Uhr aus bisher noch unaufgeklärter Ursache auf dem Grundstück des Herrn Simanowski, Ringstraße 35. Als der Eigentümer des Hauses geweckt wurde, stand bereits der Stall, in dem sich viel Wirtschaftsgeräte befanden, in hellen Flammen. Dank dem tatkräftigen Eingreifen der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr, die bald nach dem Alarm erschien, konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Der Schaden ist leider nur teilweise durch Versicherung gedeckt. ✝

y. **Briesen** (Wąbrzeźno), 18. Oktober. Am Mittwoch, 17. d. M., fand im Hotel „Zum weißen Adler" eine gut besuchte Mitgliederversammlung des hiesigen Hausbesitzervereins unter Vorsitz des Kaufmanns Grajewski statt. Auf der Tagesordnung stand die leidige Miets- und Chausseesteuer. Wie erinnerlich sein dürfte, ist seinerzeit eine Deputation an den Minister betr.

obengenannter Steuern gesandt worden. Die Deputation hat von dem Minister eine abschlägige Antwort erhalten mit dem Bemerken, daß lediglich hierzu die Lokalbehörden, also Magistrat und Starostwo zuständig seien. Zwecks Aufklärung dieser Angelegenheit soll nochmals beim Starosten vorgesprochen werden. Betr. der Mietssteuer ist bereits insoweit eine Klärung eingetreten, daß diese Steuer lediglich nur von Wirten zu zahlen ist, welche ihre Gebäude (Villenbesitzer usw.) allein bewohnen.

m **Dirschau** (Tczew), 17. Oktober. Selbstmordversuch. Gestern abend gegen 9 Uhr unternahm auf dem hiesigen Bahnhof der 28jährige Reisende Franz Bednarski aus Posen durch Trinken von Lysol einen Selbstmordversuch. Er wurde besinnungslos ins hiesige Vinzenzkrankenhaus eingeliefert, wo er, nachdem ihm der Magen ausgepumpt wurde, wieder zu sich kam. — An der Straßenecke der Post- und Langestraße fuhr ein Auto durch Unvorsichtigkeit des Chauffeurs auf den Bürgersteig und gegen die Türe des Eisenwarengeschäfts Kiedrowski, wobei diese beschädigt wurde.

m **Liebenhof**, Kreis Dirschau, 17. Oktober. Ein Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 2 Uhr auf dem Rangierbahnhof Liebenhof. Der Eisenbahner August Wiśniewski aus Dirschau erlitt beim Rangieren eine schwere Quetschung des linken Armes.

h. **Neumark** (Nowemiasto), 17. Oktober. Während des letzten Jahrmarktes wurde einem Manne aus Chrosle die Brieftasche mit 40 Złoty Inhalt, einem Schuhmacher aus Żuromin ein Paar Schuhe entwendet. Es gelang, die Täter zu ermitteln. — In der Drewenz ertrunken ist am 10. d. M. der fünf Jahre alte Sohn des Arbeiters Janowiak in Bratjan. Das Kind spielte mit zwei anderen gleichaltrigen Kindern am Flusse und fiel dabei ins Wasser. Da sich sonst niemand am Ufer befand, der Hilfe leisten konnte, ertrank es. Die Leiche ist noch nicht geborgen. — Beim Landwirt Romanowski in Rybno brach kürzlich ein Feuer aus, durch das ein Staken Stroh im Werte von 550 Złoty vernichtet wurde. Das Feuer hatte sein fünfjähriger Sohn angelegt, als er mit Streichhölzern spielte. Der Geschädigte ist nicht versichert.

p **Neustadt** (Wejherowo), 17. Oktober. Vor Gericht hatte sich der 17jährige Arbeiter Szczypior zu verantworten, der einem Arbeiter einen kleinen Geldbetrag aus der Jacke entwendet haben soll. Er wurde wegen Beweismangels freigesprochen. — Die verehelichte Elisabeth Pranschke in Blondzikau bei Puck, 38 Jahre alt, stahl dem Eigentümer Marzeijon in Blondzikau sechs Legehühner. Sie gestand die Tat und erhielt drei Tage Gefängnis.

m **Pelplin**, Kreis Dirschau, 17. Oktober. Überfall. Auf dem Wege von Wola nach Pelplin wurden die Arbeiter Kosedowski und Stella von drei Männern angefallen und bis zur Bewußtlosigkeit mißhandelt. Es handelt sich hier um die Saisonarbeiter Rusicki, Wałaszyk und Wojtecki, die die Tat aus Rache verübt haben.

a **Schwetz** (Świecie), 18. Oktober. Die diesjährige Kartoffelernte ist im hiesigen Kreise fast durchweg für beendet anzusehen. Es sind somit nur noch die Hackfrüchte, Runkeln, Wruken und Kohlarten auf den Feldern. Heute hat in der hiesigen Zuckerfabrik die diesjährige Kampagne begonnen und sind die Landwirte eifrigst dabei, die Zuckerrüben in die Fabrik zu schaffen. Durch die Eröffnung der Kampagne hat die arbeitende Bevölkerung für einige Monate wieder lohnenden Verdienst.

pa **Schwetz** (Świecie), 19. Oktober. Feuer brach am 18. d. M. früh 6 Uhr während der Abwesenheit des Besitzers Fritz Traue auf seinem Gehöft in Kozielec aus. Es brannte die Scheune mit voller Ernte und sämtlichen Ackergeräten sowie der Stall nieder. Das Vieh wurde bis auf vier Schweine und das Federvieh gerettet. Bei dem herrschenden Winde schlug das Feuer auf eine Scheune eines Nachbarn über, die auch mit voller Ernte gefüllt war und völlig vernichtet wurde. Beide Besitzer erleiden schweren Schaden. Man vermutet Brandstiftung.

* **Soldau** (Działdowo), 18. Oktober. Am 17. d. M. hielt der hiesige Hausbesitzerverband eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zweck der Versammlung war Stellungnahme des Verbandes zu der Zusatz-Grundbesitzsteuer für die Jahre 1924, 25, 26 und 1927, die der hiesige Magistrat auf Veranlassung der Pommerellischen Schatzkammer von den Hausbesitzern beizutreiben versucht. Um 8 Uhr 30 Minuten eröffnete der Vorsitzende Makała die Versammlung, die von ca. 200 Mitgliedern besucht war. Der Vorsitzende des Verbandes Mojżesz stellte in längerer Ansprache fest, daß eine gesetzliche Grundlage für die Einziehung dieser Steuer absolut nicht vorhanden ist, was auch selbst das Finanzministerium bestätigt habe. Aber ganz abgesehen davon, ob die Steuer legal ist oder nicht, ist eine zwangsweise Steuerbeitreibung für vier rückständige Jahre schon aus dem Grunde unzulässig, weil die Verzögerung nicht von seiten der Zahler entstanden ist. Es wurde eine Resolution angenommen, die dem hiesigen Magistrat überreicht wird. — Der Redner kam dann kurz auf die sogenannte Wegesteuer zurück, die er als Kuriosum bezeichnete. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zum Zusammenschluß der Hausbesitzer auf. Um 10 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Benjamin Strong †.

Der Herr über Dollar und Gold.

Der Posten eines Gouverneurs der Newyorker Federal Reserve-Bank ist nicht nur von entscheidender Bedeutung für die Geld- und Kreditpolitik Amerikas. Durch die dominierende Stellung, die Amerika als Gläubigerland der Welt und als Land der reichsten Goldvorräte nach dem Kriege erlangt hat, ist die Notenbankpolitik in U. S. A. von größtem Einfluß auf den Goldstandard und die Währungssysteme aller Länder. Wenn also heute Benjamin Strong, der Gouverneur der wichtigsten Federal Reserve-Bank, der von Newyork, deren Gouverneur er seit Bestehen des amerikanischen Notenbanksystems überhaupt ist, stirbt, so ist das ein Vorgang von praktischer Bedeutung für alle europäischen Staaten. Nichts kann besser die Vorherrschaft des Dollars kennzeichnen, als diese unbestrittene Tatsache.

Benjamin Strong, der in dem frühen Alter von kaum 56 Jahren (geboren am 22. Dezember 1872) an den Folgen einer Operation gestorben ist, hat eine echt amerikanische Laufbahn durchgemacht. Echt amerikanisch deshalb, weil er schon in ganz jungen Jahren auf vertrauensvolle wirtschaftliche Posten berufen wurde. Von Anfang an widmete er sich dem Bankfach, zuerst in kleineren Privatbanken, bis er dann dank seinen Fähigkeiten mit 40 Jahren bereits Präsident der Bankers-Trust-Company, Newyork, wurde. Von diesem einflußreichen Posten wurde er bereits 1914 zum Gouverneur der Newyorker Bundes-Reserve-Bank ernannt. Wenn man weiß, daß erst 1913 das System der Federal-Reserve-Banken gesetzlich verankert wurde, so wird man verstehen, welch ungeheure Lebensarbeit dieser Mann geleistet hat. Das amerikanische Notenbanksystem, das dezentralisiert und zugleich zentralisiert ist, hat sich im Laufe dieser vierzehn Jahre voll bewährt. Nicht ohne Schwankungen, nicht ohne Rückschläge, aber letzten Endes hat doch die weitschauende Politik eines Benjamin Strong gesiegt. Die Federal-Reserve-Bank von Newyork, durch die Zweidrittel aller von den Notenbanken gewährten Kredite gehen, ist in Wahrheit die verantwortliche Verwalterin der Währung, der Kredite, des Zinsfußes, des Preisniveaus und der Goldab- und -zuflüsse. Diese Stellung mußte sich Benjamin Strong erst gegen den Widerstand der elf anderen Reserve-Banken erkämpfen. Heute gibt es zwar noch Reibungen zwischen den Mitgliedern und selbständiges Vorgehen von den dem Reserve-Board angeschlossenen Banken, aber in Wahrheit ist die Notenbank von Newyork tonangebend.

Das einzigartige Verdienst von Benjamin Strong liegt darin, daß er sofort nach dem Kriege die Gefahren der europäischen Währungskalamität erkannte und daß er die Rolle, die bei einer Sanierung die Federal-Reserve-Board zu spielen hat, verantwortungsvoll verstand. Selbstverständlich geschah dies nicht aus reinem Altruismus. Benjamin Strong wußte, daß Amerika nicht unberührt bleiben würde von den Währungszerrüttungen in Europa und daß Goldzufluß Goldentwertung im Gefolge haben muß. Aus dieser Erkenntnis heraus hat er nach dem Kriege sein schweres Amt nicht rein vom amerikanischen Standpunkte aus verwaltet, sondern er hat eine Zusammenarbeit der Notenbanken erstrebt. Jetzt erst kann man überblicken, wie vorausschauend die amerikanische Goldpolitik war. Das hereinströmende Gold wurde nicht zur Grundlage von Notenemissionen benutzt, sondern es blieb als Goldschatz in den Tresors des Federal Reserve-Board. Hätten die amerikanischen Notenbanken alles Gold, das so verschwenderisch nach Amerika floß, als Basis von Krediten benutzt, so wäre eine Goldinflation, das ist anders ausgedrückt, eine Geldentwertung eingetreten mit allen ihren katastrophalen Folgen. So blieb das Gold ungenützt in den Tresors liegen und konnte nicht inflationistisch wirken. Hand in Hand mit dieser Thesaurierungspolitik gingen die Bemühungen Strongs, einen Goldabfluß zu erzielen. Durch niedrige Diskontsätze in Amerika und durch Förderung der Kredite an europäische Staaten wurde dieses Ziel auch annähernd erreicht. Allerdings hat die letzte Entwickelung eine Änderung der amerikanischen Diskontpolitik erzwungen. Der Diskontsatz wurde in diesem Jahre nicht weniger als dreimal hinaufgesetzt, um der wilden Spekulation an den amerikanischen Börsen und der gefährlichen Kreditausweitung Einhalt zu gebieten. Dagegen hat Strong bis zuletzt erfolgreich die Diskriminierung der Kredite für Börsenzwecke verhindert.

Die Bemühungen um eine internationale Zusammenarbeit der Notenbanken waren auch von Erfolg gekrönt, wenn auch diese Bewegung noch in den Kinderschuhen steckt. Auf Strongs Veranlassung fand die Konferenz der Notenbankleiter von England, Frankreich, Deutschland und Amerika in Newyork statt. Man wird sich noch an die große Sensation erinnern, die diese Konferenz hervorgerufen hat. Ebenfalls dem Problem der Zusammenarbeit der Notenbanken untereinander galt die Reise, die Benjamin Strong noch in diesem Jahre nach Europas Hauptstädten unternommen hat. Alle Bemühungen Strongs um eine Zusammenarbeit der maßgebenden Notenbanken kann man zusammenfassen unter dem Gesichtspunkte der Stabilerhaltung des Goldwertes. Die Wichtigkeit, die dieses Problem für Amerika besitzt, wird man begreifen, wenn man weiß, daß Amerika Zweifünftel des gesamten monetären Goldbestandes der Welt verwaltet. Die freundschaftlichen Beziehungen des deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu Benjamin Strong waren bekannt. Es wird von höchstem Interesse für Deutschland und für die kommenden Reparationsverhandlungen sein, daß sein Nachfolger ein Mann ist, der denselben wirtschaftspolitischen Weitblick besitzt, wie der soeben verstorbene Gouverneur der Federal-Reserve-Bank Newyork, Benjamin Strong. O. L.

Literarische Rundschau.

= **Deutsche Operngastspiele in Kopenhagen.** Der Leiter des Braunschweigischen Landestheaters, Prof. Dr. Ludwig Neubeck, ist eingeladen worden, im Monat Oktober zwei deutsche Operngastspiele in der dänischen Hauptstadt zu veranstalten. Das Braunschweigische Landestheater wird Händels Oper „König Porus", in der Bearbeitung von Prof. Dr. Hans Dütschke, welche ihre Uraufführung im April dieses Jahres in Braunschweig erlebte, in Kopenhagen zur Aufführung bringen.

= **Werfels „Juarez und Maximilian" als Oper.** Darius Milhaud hat Werfels „Juarez und Maximilian" zum Stoff einer Oper gewählt. Milhaud gehört zu den bekanntesten französischen Komponisten von heute; seine neue Oper dürfte noch in dieser Spielzeit zur Uraufführung kommen.

= **Eine neue Operette von Jean Gilbert.** Jean Gilbert arbeitet gegenwärtig an einem neuen Werk, dessen Text nach dem bekannten Roman Biros „Hotel Stadt Lemberg" von Robert Gilbert und Ernst Neubach verfaßt worden ist.